

NACHRICHTEN

Spende an Österreichs Bundespräsidenten

Österreichs Bundespräsident Thomas Klestil hat Ende 1999 eine Spende von 500 000 Schilling (56 000 Franken) vom Liechtensteiner Treuhänder Herbert Batliner erhalten. Klestil schickte das Geld zurück. Die Kanzlei Klestils bestätigte diesen Sachverhalt, wie das Nachrichtenmagazin «profil» in seiner Samstagausgabe berichtete. Klestil habe den Scheck, der «für einen guten Zweck» bestimmt war, jedoch «einige Zeit später» wieder an Batliner zurückgeschickt. Da es sich um eine Angelegenheit «im Privatbereich des Herrn Bundespräsidenten» handle, könnten keine Angaben über den Hintergrund der Spende gemacht werden, erklärte ein Klestil-Sprecher dem Magazin. Gegen den prominenten Treuhänder und Rechtsanwalt Herbert Batliner wurde in Liechtenstein eine Voruntersuchung wegen mutmasslicher Geldwäscherei eröffnet. Batliner wird auch im Bericht des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) der Geldwäsche beschuldigt. (sda)

Stellungnahme des Allgemeinen Treuunternehmens, Vaduz (ATU)

Das Allgemeine Treuunternehmen, Vaduz (ATU), ist in zwei Gebäuden, an der Aulestrasse 5 und an der Lettstrasse 8 in Vaduz untergebracht. Im Zuge einer räumlichen Reorganisation wurden am 12. und 13. Mai Büroausstattungen und Akten von einem Gebäude in das andere mit Unterstützung der Möbelfirma Cavegn transportiert. Als Sicherheitsmassnahme wurde der Umzug durch einen privaten Bewachungsdienst begleitet. Die Meldung der Sonntagszeitung, dass die Polizei beim ATU mit einem Möbelwagen vorgefahren sei und stapelweise Akten beschlagnahmt habe, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Tatsache ist, dass am Montag, den 22. Mai beim ATU zwei Dossiers eine einzige Kundenbeziehung betreffend beschlagnahmt worden sind, was jedoch in keinem Zusammenhang mit den Untersuchungshandlungen des Sonderstaatsanwaltes steht.

Allgemeines Treuunternehmen

«JEKAMI» in Mauren Schaanwald

MAUREN: Alle Einwohner und Einwohnerinnen von Mauren und Schaanwald sind eingeladen, beim JEKAMI «Jeder kann mitmachen» einen Beitrag zu leisten. Einige Beispiele von Unterhaltungsbeiträgen sind im Flugblatt, das am Montag in den Briefkästen gelandet ist, aufgelistet.

Am 18. November 2000 wollen wir wieder einmal so richtig auf die Pauke hauen. Alle, ob Jung oder Alt, ob Gross oder Klein, sind eingeladen, ihre Freizeitbeschäftigungen und Aktivitäten nach Feierabend, die sie bisher vielleicht nur im stillen Kämmerlein zur eigenen Freude ausgeübt haben, einem grösseren Publikum vorzuführen. Bestimmt ergeben sich daraus Kontakte mit Gleichgesinnten und Interessierten. Wer weiss, vielleicht öffnet sich durch diesen Unterhaltungsabend auch für den einen oder anderen die Tür zu einem sinnvollen neuen Hobby. Wir freuen uns auf viele Anmeldungen und auf ein bunt gemischtes Programm. Um eine gute Organisation zu gewährleisten, bitten wir um Ihre Anmeldung bis 30. Juni bei Rita Meier, Im Lutzfeld 339, Mauren, Tel. 373 19 35. Kultur- und Denkmalschutzkommission Mauren

Selbsthilfegruppe für Angehörige von Drogenabhängigen

SCHAAN: Der Drogenmissbrauch kann nicht nur den Abhängigen psychisch und physisch zerstören, vielfach führt der permanente Druck auch die Angehörigen und Nahestehenden zu einer fast unerträglichen Stress-Situation. Wie gehe ich mit diesem Druck um? Wo kann ich Hilfe holen? Welche Erfahrungen haben andere in ähnlichen Situationen gemacht? Die Selbsthilfegruppe für Angehörige von Drogenabhängigen möchte einen Kreis von Betroffenen aufbauen, um diese Themen gemeinsam zu meistern und sich gegenseitig zu stützen. Sie trifft sich jede zweite Woche im Dachgeschoss des Schaaner Postgebäudes. Der erste Schritt ist nicht leicht, die Erfahrung ähnlicher Selbsthilfegruppen zeigt jedoch, dass gegenseitige Hilfe zu Stress-Abbau, neuen Denkanstätzen und grossen Solidaritätsgefühlen führt, was letztlich auch dem Drogenabhängigen wiederum helfen kann. Nähere Auskünfte gibt die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppe, Tel. 079 / 419 18 02.

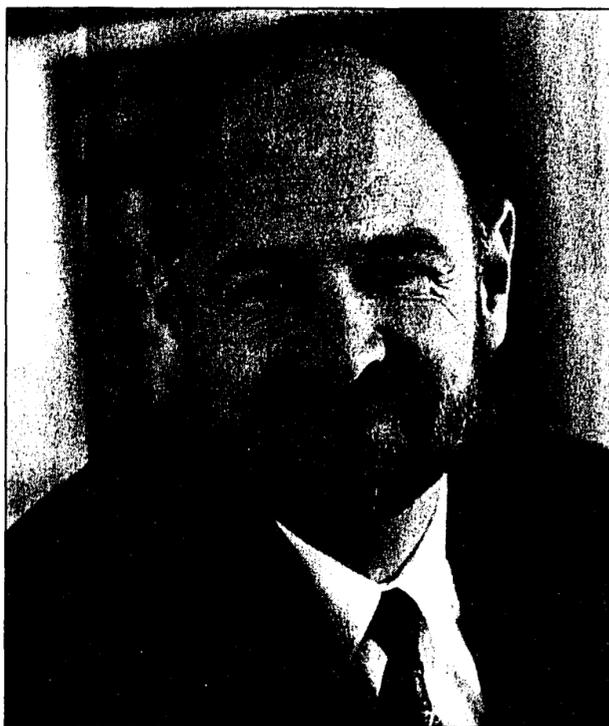
«Der Vollzug muss verbessert werden»

FBPL-Präsident Ernst Walch spricht sich gegen Gesetzesverschärfungen aus

FBPL-Parteipräsident Ernst Walch hat sich gestern in der Radio L Sendung «Rampenlicht» gegen die von der Regierung geplante Gesetzesverschärfung beim Sorgfaltpflichtgesetz und beim Geldwäschereiartikel ausgesprochen. Die Gesetze seien im Grundsatz in Ordnung, und sie hätten europäischen Standard. Aber der Vollzug müsse verbessert werden, so Ernst Walch in der Radiosendung.

Alexander Batliner

Im Mittelpunkt der Diskussionsendung mit Parteipräsident Ernst Walch standen zwei Themen: zum einen die Angriffe auf unseren Finanzplatz und zum anderen die Verfassungsproblematik. Bezüglich Finanzplatz sprach sich Ernst Walch gegen die von der Regierung geplanten Gesetzesverschärfungen aus. Vielmehr solle der Vollzug verbessert werden. Der FBPL-Parteipräsident führte aus: «Es ist nicht damit gemacht, dass wir die vorhandenen Gesetze – salopp ausgedrückt – einfach verschärfen. Es gibt Gutachten, die sagen, dass unsere Geldwäscherei- und Sorgfaltpflichtgesetzgebung absolut und nicht nur im europäischen Mass ist, sondern in einem guten europäischen Mass. Die VU-Regierung sagt im Moment durch ihren Justizminister Heinz Frommelt, dass wir die schärfste, die beste Geldwäscherei- und Sorgfaltpflichtgesetzgebung haben wollen – weit über den EU-Standard hinaus. Persönlich bin ich nicht der Meinung, dass wir diesen Standard brauchen. Denn: Letztendlich geht es um den Vollzug der Gesetze und nicht um



FBPL-Parteipräsident Ernst Walch sprach sich in der Radio L Sendung «Rampenlicht» gegen die geplante Gesetzesverschärfung beim Sorgfaltpflichtgesetz und beim Geldwäschereiartikel aus. (Archivbild)

die Gesetzgebung. Die Gesetze die wir haben, müssen vollzogen werden.» Im Vollzug sieht Ernst Walch die grössten Probleme. Dieser müsse verbessert werden. Er betonte: «Es wurde nun offensichtlich, dass es im Vollzug, in der Umsetzung dieser Gesetze, auf verschiedenen Ebenen Defizite gibt und gab. Wenn die Polizei das Personal nicht bekommt, kann sie nicht tätig sein. Wenn die Staatsanwaltschaft nicht ausgebildet ist, kann sie dem nicht nachgehen. Meine Ansicht diesbe-

züglich ist: Es geht nicht darum, die Gesetzgebung wesentlich zu verschärfen, diese ist im Grundsatz in Ordnung. Man kann sicher daran feilen. Aber es ist nicht so, dass die Gesetzgebung falsch und schlecht ist und keinem Standard entspricht. Das ist einfach nicht wahr – zumindest nach diesen Gutachten. Aber der Vollzug muss verbessert werden.»

Polizei aufstocken

In Zusammenhang mit dieser

Problematik sprach sich Ernst Walch auch gegen die österreichischen Polizisten aus, die momentan in unserem Land tätig sind. Vielmehr soll der Personalbestand qualitativ und quantitativ aufgestockt werden. Der FBPL-Präsident unterstrich: «Was jetzt passiert, ist ein Übermass an Vollzug. Wenn man 24 österreichische Wirtschaftsspezialisten anstellt, bringen diese sicher mehr aufzudecken und zu erledigen, als wenn es diese nicht geben würde. Ich finde, man sollte nicht ausländische Fahnder holen, sondern man sollte in der Lage sein, indem man die eigenen Behörden mit qualifizierten Leuten aufstockt, dass jene diese Arbeit machen müssen. Wir müssen doch nicht sagen, wir haben alles im Griff, wenn wir ohne ausländische Unterstützung nicht auskommen. Wir können ausländische Hilfe heranziehen, aber diese muss in Liechtenstein angesiedelt sein – wie es in der Privatwirtschaft und in anderen Bereichen üblich ist.»

Parteitag zur Verfassung

In Bezug auf die Verfassungsproblematik kündigte Ernst Walch erneut an, dass die FBPL einen Parteitag zu dieser Frage durchführen werde. Er führte aus: «Wir haben in den Medien klar dargelegt, dass wir einen Landesvorstand und einen Parteitag in dieser wesentlichen Frage durchführen werden. Dies verlangen die Statuten der FBPL. Fragen von erheblicher Tragweite kann nicht irgendein Präsidium entscheiden.» Der FBPL-Präsident betonte zudem, dass eine Parteimeinung und die Parteitagsempfehlung jedoch erst gefällt werden könne, wenn der endgültige Initiativvorschlag des Fürstenhauses vorliege.

«Völlig haltlos und völliger Unsinn»

Landtagspräsident Peter Wolff weist Vorwürfe entschieden zurück

Landtagspräsident Peter Wolff weist die Vorwürfe der «Sonntagszeitung» auf Anfrage des Volksblatts entschieden zurück. Er bezeichnet sie als «völlig haltlos und völliger Unsinn.»

Mit Landtagspräsident Peter Wolff sprach Alexander Batliner

VOLKSBLATT: Herr Landtagspräsident, wie stellen Sie sich zu den Betrugsvorwürfen der «Sonntagszeitung»?

Peter Wolff: Sie sind völlig haltlos und ehrlich gesagt ein völliger Unsinn. Das sind Verdachtsmomente, die die Firma Coopers & Lybrand, aber nur die Firma Coopers & Lybrand, im April Mai 1990 eine Zeitlang geäussert hat. Sie haben irgendwie den Eindruck gehabt, warum genau, weiss ich eigentlich nicht, aufgrund der Unterlagen, die sie damals gesichtet haben, dass ich mehr gewesen sei als nur ein Anwalt für diese Firmen in verschiedenen Verwaltungsverfahren. Ich habe das dann sofort widerlegt und darauf hingewiesen auf alle möglichen Umstände, die klar belegen, dass ich nichts anderes war als Anwalt in verschiedenen Verwaltungsverfahren. Dann habe ich eigentlich nie mehr etwas gehört in dieser Sache. Ich habe dann, ich weiss jetzt nicht mehr genau wann, es kann sein 1990 oder 1991, von Regierungschef Brunhart gehört, dass die Regierung ohne mein Beisein und mein Wissen die ganzen Unterlagen dem Staatsanwalt Mislik geschickt habe.



Landtagspräsident Peter Wolff weist die Vorwürfe der «Sonntagszeitung» entschieden zurück. (Archivbild)

Konkret hat das Dr. Wille veranlasst, als damaliger Justizminister, um bis ins letzte Detail prüfen zu lassen, ob da irgendwas dran sei oder ob irgendwo überhaupt nur Verdachtsmomente bestehen könnten, die die Einleitung einer Strafuntersuchung rechtfertigen würden. Der Staatsanwalt Dr. Mislik hat das

dann gemacht und habe dann Dr. Wille und damit der Regierung berichtet, dass nicht das Geringste auch nur an Verdachtsmomenten herum sei und deshalb überhaupt kein Anlass sei auch nur irgendwelche formellen Ermittlungen durchzuführen. Das war das Ende der Geschichte.

Das heisst: Sie kennen den Bericht der Revisionsgesellschaft gar nicht?

Nein, den kenne ich nicht. Den habe ich noch nie gesehen.

Ich frage dies nur, weil in der «Sonntagszeitung» steht, er sei in einer Schublade der Regierung verschwunden.

Das wird wohl nicht stimmen, weil im selben Zeitungsartikel steht dann wenig später, dass der Landrichter Mislik eingeräumt habe, dass er den Bericht gesehen habe und die Vorwürfe untersucht habe. Das steht ja im Artikel der «Sonntagszeitung».

Es kommt mir so vor, dass ausländische Medien jetzt einfach etwas suchen, um über unser Land schreiben zu können.

Es wird einfach etwas hervorgezogen, es wird so getan, ob das eine aktuelle Verdachtslage sei, was in Wirklichkeit schon längst ad acta gelegt ist. Es hat nicht mehr den Schimmer einer Aktualität. Übrigens stimmt überhaupt nicht, dass ich als faktisches Organ geschäftsführend für die Cash AG respektive für die Europa Bank tätig gewesen sei. Das ist ein Witz.

Herr Dr. Wolff, in welche Richtung bewegt sich die ganze Affäre um unser Land? Jeden Sonntag kommen neue Geschichten.

Das ist eine gute Frage. Es ist leider so, dass gewisse Medien und die «Sonntagszeitung» gehört leider dazu, uns irgendwie auf dem Kieker haben. Wenn sie irgendwo was hören oder erfahren, das ihnen Nahrung gibt, wird das erbarmungslos ausgeschlachtet. Ich finde das wirklich unseriös, weil da frag ich doch zuerst einmal den Herbert Wille, der die ganze Überprüfung veranlasst hat. Wenn ich den an diesem Samstag nicht erreiche, warte ich eben noch eine Woche. Das hat ja ohnehin keine Aktualität. Wenn man es trotzdem bringen will, kann man es nächsten Sonntag mit derselben Wirkung machen. Ich habe irgendwie den Eindruck, es ist gar nicht gefragt, da vielleicht durch Recherchen die Bedeutungslosigkeit dieser Vorwürfe abzuklären. Gefragt ist nur, die Schlagzeile zu bringen. Gefragt ist leider auch Liechtenstein, auf welche Art auch immer, in Misskredit zu bringen.

PanAlpina Sicav Alpina V

Preise vom 26. Mai 2000
Kategorie A (thesaurierend)
 Ausgabepreis: € 56.80
 Rücknahmepreis: € 55.57
Kategorie B (ausschüttend)
 Ausgabepreis: € 55.80
 Rücknahmepreis: € 54.65